

Zum Verhältnis Wissenschaft, Gesellschaft und Politik

Die neuen (I)nternationalen Beziehungen an der Schnittstelle eines alten Problems. Bericht von der Sektionstagung 2005

1. *Die (Wieder-)Belebung eines Forschungsfeldes¹*

Eine »Neubestimmung« des Verhältnisses der Politikwissenschaft zur politischen Praxis forderte bereits 1978 der damalige Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), Udo Bermbach, in seiner Eröffnungsrede anlässlich des wissenschaftlichen Kongresses der DVPW (Bermbach 1978: 12). Mit seinem Aufruf zur Fortführung der Fachdiskussion knüpfte er an die intensive Beschäftigung der Sozialwissenschaften mit diesem Thema während der späten 1960er und 1970er Jahre an. Dennoch kam, wie jüngst unabhängig voneinander sowohl der Bielefelder Soziologe Peter Weingart (2003) wie auch Michael Greven (2003) feststellten, in den nachfolgenden Jahrzehnten die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Problemstellung praktisch zum Erliegen. Vor dem Hintergrund dieser Defizitanalyse und der mit dem Feld verbundenen Forschungsperspektiven lud der Vorstand der DVPW-Sektion Internationale Politik vom 17. bis zum 19. März 2005 bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin zu einer Autorentagung ein, die die Perspektiven der universitären Forschung und der aktiven Politikberatung hinsichtlich dieser Thematik zu verbinden suchte.

Gerade aus dem Blickwinkel der Internationalen Beziehungen (IB) erscheint die Belebung der Forschung zum Verhältnis von Politikwissenschaft und politischer Praxis aus vier Gründen gleichermaßen überfällig wie vielversprechend. Erstens bereiten kritische Reflexionen über unser Selbstverständnis als Disziplin und die Fundamente unseres Wissens bzw. den Status gängiger Theorien durch konstruktivistische bzw. post-positivistische Ansätze seit den 1990er Jahren das Feld für die heutige Wiederaufnahme dieser Thematik. Diese innerdisziplinäre Entwicklung vollzieht sich im breiteren sozialen Kontext der Entstehung einer »Wissensgesellschaft«, mit der sich, zweitens, eine zunehmende »Entzauberung« von Wissenschaft verbindet, in deren Folge wissenschaftlich produziertes Wissen und Wahrheit nicht mehr in gewohnter Weise gleich gesetzt werden (können). Hiermit geht für die Politikwissenschaft, drittens, nicht nur eine Statusveränderung, sondern zunehmend auch ein steigender Erwartungsdruck einher, der der Forschung wie auch der Lehre ein Mehr an »praktischer Relevanz« abverlangt. Gleichzeitig entsteht, viertens, auf Seiten der Praxis aufgrund der zunehmenden Komplexität politischer Prozesse ein erhöhter Beratungsbedarf, den – neben praxisnahen Beratungsinstanzen – nun

1 Wir danken Benjamin Herborth für konstruktive Kritik und hilfreiche Ergänzungen.

zunehmend auch Forscher aus dem wissenschaftlichen Establishment mit »praxis-tauglichen« Analysen zu befriedigen suchen.

2. Ausgangspunkt: Zum Umgang mit »Wissen« in Wissenschaft und Praxis

Mit seinem *Call for Papers* lud der Sektionsvorstand zu einem ersten »Vermessungsversuch« des Forschungsfeldes »Wissenschaft und Praxis der IB« ein. Wissensproduktion sowie Wissenskommunikation und -transformation bildeten hierbei zwei nahe liegende Fixpunkte. Zwar finden sich in den IB bereits aus der Wissenschaftsforschung angeleitete Arbeiten zur Wissensproduktion in Form der Literatur zu *epistemic communities*. Es mangelt jedoch nach wie vor an theoretisch fundierter und vor allem an empirischer Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen, etwa nach den Kriterien, die wissenschaftliches von nicht-wissenschaftlichem Wissen trennen, danach, wie die Disziplin IB praktischen Wissensbedarf verarbeitet – also auch dem Ruf nach mehr »praktischer Relevanz« begegnet – und ob und inwieweit Einigkeit darüber besteht, was überhaupt als »praktisch relevant« gelten darf und was nicht. Gemäß der obigen Ausführungen gilt es dabei, nicht nur die Universitäten als tradierte Domänen der Wissensproduktion, sondern in verstärktem Maße auch die neuen »Spieler« – wie *Think Tanks* und NGOs, aber auch Nachrichtendienste oder Diplomaten – in den Fokus zu rücken. Im Austausch zwischen diesen Instanzen haben sich Wissenskommunikation und -transformation in den Arbeiten der Wissenschaftsforschung als bei weitem komplexer erwiesen, als das simple Zwei-Wege-Modell »Wissenschaft produziert Wissen für die Praxis« und »Praxis stellt Fragen an und Ressourcen für die Wissenschaft« zunächst vermuten ließe. Insbesondere zeigt sich zunehmend, dass das vielfältige »IB-Wissen« in verschiedensten Kommunikationsformen – vom vertraulichen Beratungsgespräch über internationale Konferenzen bis zu Meinungsseiten in Tageszeitungen – »praktische« Anwendung findet. Dennoch ist vonseiten vieler Praktiker nach wie vor Kritik an den von der IB-Grundlagenforschung produzierten, »praktisch irrelevanten« Wissensangeboten zu vernehmen. Dagegen wird angeführt, dass sich die schnellebige Praxis ihrerseits komplexeren wissenschaftlichen Erkenntnissen verschließe.

3. Im Spannungsfeld zwischen Politikwissenschaft, politischer Praxis und Politikberatung: Die Kernthemen der Konferenz

Im Zentrum der Tagung stand die grundlegende Frage, wie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik überhaupt angemessen gefasst werden könne. Die meisten Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) unterstrichen, dass es sich hierbei um zwei getrennte Sphären handele, die nach ganz eigenen Logiken funktionierten und in denen sich unterschiedliche Sprachspiele entwickelt hätten (u. a. Josef Braml). Dies stellte eine überraschende Parallele zu der auf der Konferenz vorgetragenen systemtheoretischen Konzeption von Wissenschaft und Politik

dar, welche von voneinander unabhängigen und operativ geschlossenen Teilsystemen ausgeht, zwischen denen nur mithilfe erheblicher Übersetzungsleistungen (und -verlusten) vermittelt werden kann und die nicht steuernd, sondern nur »irritierend« aufeinander einwirken können. Von *unüberwindbaren* strukturellen Grenzen möchte jedoch niemand sprechen – vielmehr entwickelte sich eine kontroverse Diskussion darüber, *wie* jene »Kluft« zwischen Wissenschaft und Praxis zu überwinden sei. Aus Sicht der meisten Tagungsteilnehmer könnten individuelle Grenzgänger, die die Sprachspiele *beider* Systeme beherrschen, als »Übersetzer« zur Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Diskurse der Praxis beitragen. Beim Erlernen solcher Übersetzungsfähigkeiten käme insbesondere den (wenigen) großen *Think Tanks* und den im Entstehen begriffenen *Public Policy Schools* in Deutschland eine wichtige Rolle zu (Harald Müller). Zudem könnten solche Institutionen auch selbst als »Transmitter« in Erscheinung treten, da sie für den Antwortbedarf der Praktiker stärker sensibilisiert seien. Der Versuchung, sich hierbei (unbewusst) durch die Nähe zur Macht korrumpern zu lassen, müsse jedoch auch in diesem Modell immer der Riegel der Selbstreflexion und der kritischen Überprüfung des weitergegebenen Wissens vorgeschoben werden (Christoph Weller). Gegen die Vorstellung, die Differenz zwischen Wissenschaft und Politik könnte durch effektive Politikberatung und »Grenzgängertum« überbrückt werden, sprach sich unter anderem Renate Martinsen aus. Nur eine weniger in der Spätmoderne verhaftete konstruktivistische Konzeption von Politikberatung könne den teilsystemspezifischen Rationalitäten Rechnung tragen und zugleich, etwa im Modus »produktiver Irritation« sowie durch das Aufzeigen von Kontingenzen und Alternativen, zu einem höheren Maß an Reflexivität auf beiden Seiten beitragen. Umstritten war allerdings, ob die politische Praxis für produktive Irritation seitens der Wissenschaft wirklich empfänglich sei oder ob sie von (bereits bestehenden) irritierenden Momenten nicht vielmehr erlöst zu werden wünsche.

Gegen das Insistieren auf Systemdifferenzen schlugen Christian Büger und Frank Gadinger vor, den Fokus auf die Praktiken der Wissensproduktion und die Verhandlungen zwischen unterschiedlichen Wissensproduzenten zu richten. Anhand der vielfältigen Verflechtungszusammenhänge von internationalen Beziehungen und der Disziplin IB, und gerade auch in deren oft konflikthaften Abgrenzungsbemühungen, werde die Fragilität der Grenzziehungen zwischen unterschiedlichen Kontexten der Wissensgenerierung deutlich. Ein letztes debattiertes Modell für das Verhältnis von Wissenschaft und praktischer Politik, nach dem diese beiden Systeme einem alles überwölbenden Markt untergeordnet seien, der für ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage sorge und so von selbst einen verstärkten Austausch in Gang setzen würde, ging den meisten Teilnehmern dagegen zu weit.

Die Frage, was genau ein »System Praxis« von einem »System Wissenschaft« verlangen und was die Politikwissenschaft auf die an sie gerichteten Anforderungen antworten könnte und sollte, stellte einen zweiten Schwerpunkt der Diskussion dar. In den Antworten hierauf spiegelten sich auch unterschiedliche Verständnisse der eigenen Disziplin, die nicht durchgängig mit der Zugehörigkeit zu einer rein auf Forschung ausgerichteten oder primär beratenden Institution einhergingen. So

äußerten neben Mitarbeitern der SWP auch Vertreter der universitären Forschung (u. a. Ernst-Otto Czempiel) Verständnis für das allgemein als zu gering eingeschätzte Interesse der Praxis an den Forschungsleistungen der Internationalen Beziehungen und kritisierten, die IB hätte es bislang ihrerseits versäumt, das bestehende politikwissenschaftliche Wissen zusammenzutragen und für die Praxis aufzubereiten.² Demgegenüber wies Jörg Meyer auf die performative Qualität wissenschaftlichen Wissens hin und vertrat die Ansicht, dass wissenschaftliche Aussagen sich ohnehin stets in Handlungsregeln übersetzen ließen und folglich die Berücksichtigung der performativen Konsequenzen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion von vorrangiger Bedeutung sei. Eine Mehrheit der Universitätsangehörigen betonte die Notwendigkeit einer sowohl finanziell als auch von Erwägungen der Praxistauglichkeit ihrer Resultate unabhängigen politikwissenschaftlichen *Grundlagenforschung*. Die unterschiedlichen Verständnisse bezüglich des Verhältnisses der Disziplin zur Praxis (auch der eigenen) gipfelten in der Frage, ob im Falle erheblicher Ungewissheiten innerhalb der Disziplin (z. B. in weltpolitischen Krisensituationen) trotzdem Politikberatung stattfinden oder ob es die Wissenschaft hier vorziehen sollte zu schweigen (Andreas Hasenclever vs. Harald Müller). Dass dieser Abwägungsprozess gerade nicht das zentrale Problem der Politikberatung sei, zeigte Ulrich Schneckener am Beispiel des/der »Terrorexperten bzw. -expertin«. Nach einem Terrorangriff zu schweigen, würde seiner/ihrer Rollenbeschreibung im Kern zuwiderlaufen. Allerdings müssten Expertinnen und Experten, um dem »Ad hoc-ismus« in Medien und Politik Einhalt zu gebieten, stets gezielt auf eine Versachlichung der Auseinandersetzung hinarbeiten.

Im Anschluss daran wurde der Umgang mit Politikberatung im Detail anhand der Frage diskutiert, ob »weitergegebenes Wissen« stets auch bewusst normativ aufgeladen oder mit dem Angebot der Beratungsleistungen lediglich auf eine bestimmte Nachfrage der Praxis reagiert werden sollte. Die Tagungsteilnehmer richteten ihr Augemerk dabei u. a. auf die von Klaus Schlichte aufgeworfene Frage, inwieweit die Politikwissenschaft noch dem alten Anspruch einer kritischen Wissenschaft gerecht werde bzw. gerecht werden sollte. Am Beispiel der für Wissenschaftler wie Praktiker gleichermaßen bedeutenden *global governance*-Debatte wurde plausibilisiert, dass die IB kaum (noch) eigene normative Maßstäbe im Umgang mit ihren zentralen Problemen entwickle, obwohl dies – ausdrücklich auch vonseiten der Praxis – als wichtige Aufgabe gesellschaftswissenschaftlicher Forschung verstanden würde (Klaus-Dieter Wolf). Der oftmals gezogene Vergleich zur teils weit kritischeren Forschungslandschaft der IB in den USA, in der beispielsweise eine rege Debatte auf akademischem Niveau um außenpolitische *grand strategies* geführt werde, gehe allerdings aus dem einfachen Grund fehl, dass es in Deutschland lange Zeit einen außenpolitischen Konsens gegeben habe und eine solche Debatte mithin auch in der politischen Sphäre kaum geführt worden sei (Harald Müller). Dieter Kerwer wies darauf hin, dass durch die Einrichtung von *revolving*

2 Wie etwa in Form eines Handbuchs zur deutschen Außenpolitik oder Studien zur Wirksamkeit von Embargos.

doors und der stärkeren Orientierung politikwissenschaftlicher Forschung an »Nützlichkeitskriterien« in Zukunft diese Debatte in Deutschland belebt und die *Verwendung* wissenschaftlichen Wissens in der politischen Praxis durch Betrachtung des jeweiligen Verwendungskontexts effektiver gestaltet werden könnte.

Dem Vorwurf, die IB zeige sich nicht nur nach außen (bei Beratungsleistungen), sondern auch nach innen (gegenüber den Mechanismen der eigenen Wissensproduktion) zu unkritisch (Christian Büger/Frank Gadinger), wurde die Befürchtung entgegengestellt, die Disziplin könnte mit einem allzu großen Fokus auf Selbstvergewisserung und Betrachtung eigener Wissensproduktionsprozesse in eben jene »Irrelevanz-Falle« tappen, die sie eigentlich zu untersuchen gedachte (Peter Rudolf). So stünde zu befürchten, dass aus der Praxis kommende Forschungsfragen (noch weiter) vernachlässigt würden. Breite Zustimmung fand in diesem Zusammenhang die gegen einen allzu scharfen Theorie/Praxis-Dualismus gerichtete These von Christopher Daase, nach der Politikberatung *nie* theorieilos sei und sich der Beratende die theoretischen Hintergründe der von ihm weitergegebenen »praxisrelevanten« Erkenntnisse *immer* bewusst machen müsse. Um sowohl praktischen Erfordernissen wie auch den Anforderungen seriöser Wissenschaft Rechnung zu tragen, warb Daase für eine reflexive Politikberatung, die jenseits der Unterscheidung zwischen Wissen und Nichtwissen über bestimmte Gegenstände die epistemologische Dimension dieser Unterscheidung beachte. Wissen, dessen wir uns bewusst sind, wäre ebenso kontrollierbar wie bekannte Wissenslücken, die als Risiken in Entscheidungskalküle einbezogen werden könnten. Wissenslücken, von denen wir jedoch nicht einmal wissen, seien hingegen nicht mehr kontrollierbar. Besonders problematisch sei, wie Daase am Beispiel der systematischen Ausblendung von eigentlich verfügbaren Wissensbeständen im Vorfeld des jüngsten Irak-Kriegs zeigte, die Kombination verfügbaren Wissens mit der epistemologischen Verweigerungshaltung des Nichtwissenwollens.

Inwieweit für eine reflexive Politikberatung eine eigenständige, wenn auch weniger stark gewichtete Grundlagenforschung der Politikberatungsinstitute erforderlich sei – auch um die Distanz zur universitären Forschung (weiter) zu verringern –, blieb umstritten (Sebastian Enskat, Ulrich Schneckener). Weitgehende Einigkeit herrschte jedoch sowohl aufseiten der stärker in der institutionellen Politikberatung wie auch der in der universitären Forschung verorteten Teilnehmer darüber, dass eine mögliche »zweite Kluft« zwischen eben diesen beiden Institutionen – soweit diese überhaupt als existent angesehen wurde – ebenfalls nicht unüberbrückbar, sondern vielmehr nur so groß sei, wie die beiden Seiten sie machten. Auch im Zuge eines möglichen verstärkten Konkurrenzkampfes um sich verknappende Finanzmittel und Aufträge wurde eine zunehmende Annäherung der beiden Seiten als nicht unwahrscheinlich angesehen.

4. Schlussbemerkung

Letztlich, so ein erstes Fazit der Tagung, könnten von einer Annäherung alle – Politikwissenschaft, Politikberatung *und* politische Praxis – profitieren: die universitäre Forschung, indem sie stärker für die Bedürfnisse und Sprachspiele der Praktiker sensibilisiert wird, und die Politikberatung, indem sie sich den theoretischen Grundlagen ihrer Arbeit und vielleicht auch deren Grenzen bewusster wird. Vermittels stärkerem Kontakt – sei es durch häufigeren Austausch von Personal, engere Zusammenarbeit in der Ausbildung oder mehr gemeinsame Konferenzen – könnte das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen spezifischen Leistungen politikberatender und universitärer Forschung gefördert werden. Von deren Seiten könnte so zukünftig ein Mehr an fruchtbaren – theoretisch fundierten und kritischen – Impulsen für die politische Praxis, sei es durch einzelne Grenzgänger oder ganze »Transmitter«-Institutionen, ausgehen.

Für die IB soll dies weder heißen, dass sie sich jedem Aufruf nach Praxisrelevanz beugen, noch dass sie sich alle Vorwürfe der »metatheoretischen Esoterisierung« gefallen lassen muss. Sie darf allerdings über Grundlagenforschung und Reflexion ihrer eigenen »Praktiken der Wissensproduktion« nicht zur reinen »Wissenswissenschaft« werden, würde sie doch damit letztendlich ihren ureigenen Anspruch gefährden, Praxis und Politikberatung auch in Zukunft guten Rat – und sei es auch nur der Hinweis auf reflektierten Umgang mit Nichtwissen – geben zu können.

Tagungspapiere

Büger, Christian/Gadinger, Frank (Institut für Sozialforschung, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M./Johannes Gutenberg-Universität Mainz): Politikwissenschaft und die (Außen-)Politik (in) der Wissensgesellschaft.

Daase, Christopher (Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München): Die Grenzen des Wissens und die Konstruktion von Gefahr in der internationalen Politik: Ein Plädoyer für eine reflexive Politikberatung.

Enskat, Sebastian (Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.): Die SWP: Politikberatung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Praxis.

Kerwer, Dieter (Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Technische Universität München): Revolving doors: Perspektiven für eine nützliche Politikwissenschaft.

Kessler, Oliver (Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld): Performanz von Risiko und die Politische Ökonomie der internationalen Finanzmärkte.

Martinsen, Renate (Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig): Politikberatung als Netzwerkkonfiguration – ein konstruktivistischer Ansatz.

Meyer, Jörg (Universität Magdeburg): (IB-)Theorie als Praxis: Begründung und Performanz.

Müller, Harald (Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.; Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung): Politikberatung in unterschiedlichen Kontexten.

Schlichte, Klaus (Humboldt-Universität Berlin): Ist Kritik noch möglich? Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft.

Schneckener, Ulrich (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin): Die soziale Konstruktion des »Terrorexperten«: Gewaltforschung zwischen Sozialwissenschaft, Medien und Politikberatung.

Literatur

- Bermbach, Udo* 1978: Rede zur Eröffnung des wissenschaftlichen Kongresses der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, in: Bermbach, Udo (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Praxis (PVS-Sonderheft 9/1978), 9-13.
- Greven, Michael Th.* 2003: Politikwissenschaft und Politik. Theoretische Annäherungen an eine unerforschte Beziehung mit fließenden Übergängen (Vortrag auf dem Kongress der DVPW vom 22. bis zum 25. September 2003 in Mainz zum Thema »Politik – Wissenschaft – Öffentlichkeit«), in: <http://www.dvpw.de/dummy/fileadmin/docs/SKTheorie.pdf>; 15.9.2005.
- Weingart, Peter* 2003: Wissenschaftssoziologie, Bielefeld.